



SACHSEN-ANHALT

Staatskanzlei und
Ministerium für Kultur

Presse-
und Informationsamt
der Landesregierung

Die
Regierungssprecherin

Nr. 316/2026
Magdeburg, 09. Juni 2026

Wegweiser im Umgang mit Extremismus bündelt Unterstützungsangebote für pädagogische Fachkräfte

Wie reagieren Lehrkräfte, wenn Schülerinnen oder Schüler antisemitische Inhalte über soziale Medien verbreiten? Was hilft, wenn extremistische Aussagen im Unterricht fallen oder Eltern Unterstützung suchen, wenn sich Kinder radikalieren? Genau für solche Situationen bietet Sachsen-Anhalt jetzt konkrete Hilfe im Schul- und Bildungsalltag.

Mit dem neuen „Wegweiser für pädagogische Fachkräfte im Umgang mit Extremismus“ stellen das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und das Ministerium für Bildung pädagogischen Fachkräften erstmals eine kompakte, praxisnahe Übersicht über Beratungs- und Unterstützungsangebote im Land zur Verfügung. Der Wegweiser bündelt Ansprechpersonen, Fortbildungsangebote und konkrete Hilfen für den Umgang mit Extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamismus, Diskriminierung und Hass im Netz.

Sozialministerin **Petra Grimm-Benne** betont: „Demokratie lebt davon, unterschiedliche Erfahrungen ernst zu nehmen und miteinander im Gespräch zu bleiben. Hass und Hetze verdienen jedoch die rote Karte. Mit dem Wegweiser stärken wir den pädagogischen Fachkräften den Rücken.“

Bildungsminister **Jan Riedel** ergänzt: „Unsere Schulen sind Orte der Demokratie. Lehrkräfte dürfen, sollen und müssen Haltung zeigen, wenn es um die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung geht. Das ist kein parteipolitisches Handeln, sondern unser gemeinsamer Auftrag“.

Diese klare Position trifft jedoch auf eine zunehmend herausfordernde Realität.

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Hegelstraße 42
39104 Magdeburg
Tel.: 0391/ 567-6666
presse@stk.sachsen-
anhalt.de
www.sachsen-anhalt.de

PRESEMITTEILUNG

Demokratische Grundhaltungen geraten zunehmend unter Druck. Extremistische Inhalte verbreiten sich rasend schnell über soziale Medien, und Lehrkräfte oder Schulsozialarbeitende sehen sich immer häufiger mit antidemokratischen Äußerungen, Falschinformation und Radikalisierungstendenzen konfrontiert. Der Handlungsdruck im pädagogischen Alltag ist enorm.

Ein Beispiel aus dem Schulalltag: In einer Klasse kursieren rechtsextreme Memes in einer Messengergruppe. Lehrkräfte stehen dann oft vor vielen Fragen: Wie spreche ich das Thema an? Wo bekomme ich Unterstützung? Welche Beratungsstellen helfen der Schule oder den Eltern weiter? Der Wegweiser gibt Antworten auf diese Fragen.

Klare Orientierung für Schulen

Parallel dazu hat das Ministerium für Bildung mit seinem Erlass verbindliche Maßstäbe für politische Bildung und den Umgang mit politischen Akteuren in Schulen gesetzt.

Im Zentrum stehen das Neutralitätsgebot, die Orientierung am Beutelsbacher Konsens sowie die klare Abgrenzung gegenüber menschenfeindlichen und verfassungswidrigen Positionen. **Jan Riedel** sagt: „Schule ist kein wertneutraler Raum. Demokratiebildung bedeutet auch, die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv zu vermitteln und einzuordnen.“

Erlass und Wegweiser greifen dabei gezielt ineinander: Während der Erlass den verbindlichen Rahmen für politische Bildung und den Umgang mit politischen Akteuren setzt, liefert der Wegweiser die konkrete Unterstützung für die praktische Umsetzung im Alltag.

Handreichung zur politischen Neutralität in der Kinder- und Jugendhilfe

Neben dem neuen Wegweiser unterstützt das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Fachkräfte und Träger künftig auch mit einer neuen Handreichung zur politischen Neutralität in der Kinder- und Jugendhilfe. Sie soll vor allem dort Orientierung geben, wo pädagogische Fachkräfte im Alltag immer häufiger mit politischen Konflikten, polarisierenden Aussagen oder demokratiefeindlichen Positionen konfrontiert werden.

Die Handreichung macht deutlich: Politische Neutralität bedeutet nicht, jede Position unkommentiert stehen zu lassen. Jugendzentren, Jugendclubs, Horte oder Jugendverbände sind Orte demokratischer Bildung. Junge Menschen erleben auch hier unterschiedliche Meinungen und lernen, Informationen kritisch zu hinterfragen und sich eine eigene, reflektierte Haltung zu bilden. Gleichzeitig gilt: Rassistische,

antisemitische oder menschenverachtende Aussagen stehen nicht gleichwertig neben demokratischen Positionen.

Sozialministerin **Petra Grimm-Benne** erklärte: „Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist nicht wertneutral. Sie steht auf dem Fundament unseres Grundgesetzes und muss dessen Werte aktiv verteidigen. Fachkräfte sollen junge Menschen dabei unterstützen, demokratische Prozesse zu verstehen, unterschiedliche Positionen kritisch einzuordnen und menschenfeindlichen Ideologien entgegenzutreten. Die Handreichung sorgt für Rückenwind, um Diskriminierung und Rassismus zurückzudrängen.“

Die Handreichung konkretisiert unter anderem die Anwendung des Beutelsbacher Konsenses in der Kinder- und Jugendhilfe, formuliert Leitlinien für den Umgang mit kontroversen politischen Themen und grenzt zulässige politische Bildungsarbeit klar von parteipolitischer Werbung ab. Darüber hinaus enthält sie Empfehlungen für Besuche von Politikerinnen und Politikern in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Hinweise zum Umgang mit extremistischen und verfassungsfeindlichen Akteuren.

Der Wegweiser findet sich unter: <https://demokratie.sachsen-anhalt.de/>.

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch auf der zentralen Plattform des Landes www.sachsen-anhalt.de, in den [sozialen Medien](#) über [X](#), [Instagram](#), [YouTube](#) und [LinkedIn](#) sowie über [WhatsApp](#)